



Pressecommuniqué FORUM Meiringen

zu den Abstimmungen auf eidgenössischer Ebene vom 13. Juni 2021

Im Folgenden erhalten Sie unsere an der in der ersten Hälfte Mai durchgeführten Plenumsversammlung meist einstimmig verabschiedeten Abstimmungsempfehlungen unserer politischen Gruppierung in Meiringen. Weiter erhalten Sie zu allen Vorlagen noch ein paar Gedanken und Argumente.

Generell kann gesagt werden, dass wir alle drei Vorlagen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität - seien es die beiden Initiativen für sauberes Trinkwasser bzw. für ein Pestizidverbot sowie das CO₂-Gesetz - einstimmig bejahen. Mit gewissen Vorbehalten bejahen wir auch das leider notwendige Covid-19-Gesetz, lehnen jedoch ganz klar das neue Terrorgesetz ab. Unsere Abstimmungsempfehlungen entsprechen generell der Stossrichtung der Vereinsziele unserer politischen Gruppierung. Und nun zu den einzelnen Vorlagen:

JA zur Volksinitiative „Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz“ (Trinkwasser-Initiative) sowie

JA zur Volksinitiative „Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide“ (Pestizidinitiative)

- Der Vergiftung unseres Grund- und Trinkwassers durch jährlich ca. 2'000 Tonnen Pestizide muss dringendst der Riegel geschoben werden, da Pestizide unserer Gesundheit und den Insekten schaden sowie die Bodenfruchtbarkeit nachhaltig zerstören und die Biodiversität vermindern.
- Mit dem Verzicht auf Direktzahlungen und Subventionen an Pestizid und prophylaktisch Antibiotika verwendende Betriebe soll zukünftig eine ökologischere Landwirtschaft geschaffen werden. Keine Subventionen für Umweltverschmutzung!! Dieser Richtungswechsel in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft ist ein „Muss“.
- Die meisten Bio-Landwirtschaftsbetriebe leben diese Landwirtschaft schon heute.
- Es ist wichtig, dass wir vor allem im Flachland von der nach wie vor stark vertretenen Intensivlandwirtschaft wegkommen und damit auch in den Betrieben nur so viele Tiere gehalten werden, wie sie mit eigenem Futtermittel ernährt werden können.
- Diese Initiative ist zusammen mit der Pestizid-Initiative nötig, damit der Wandel in unserer Landwirtschaft beschleunigt wird, da die dringenden Agrarreformen in der nationalen Politik total blockiert sind.
- Da die Pestizid-Initiative auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mit Hilfe solcher hergestellt worden sind, untersagt, werden faire Spielregeln für die Schweizer Landwirtschaft geschaffen.
- Während der genügend langen Umsetzungsfrist sind die sich ergebenden Umstellungsprobleme mittels sinnvoller und differenzierter Gesetze und Verordnungen sozial massvoll zu lösen.

Mehrheitlich JA zum Covid-19-Gesetz (Referendumsabstimmung)

- Das vom Parlament verabschiedete Gesetz baut auf dem vom Volk 2013 genehmigten **Epidemiengesetz (EpG)** auf und ergänzt dieses.
- Es löst die vom Bundesrat im Frühjahr 2020 auf Grund des Epidemiengesetzes erlassenen Notverordnungen ab und ist damit ein demokratiepolitischer Fortschritt. Damit ist es eine



Grundlage für die weiter andauernde Bewältigung der Covid-19-Pandemie zusammen mit Bundesrat und den Kantonen.

- Ohne dieses Gesetz würden die unerlässlichen Unterstützungsmassnahmen (Härtefallhilfen, Kurzarbeitsentschädigungen) in Frage gestellt.
- Mit gewissem persönlichem Unbehagen rund um die Impfung und andere Covid-19-Massnahmen, die allerdings alle Bestandteile des Epidemiegengesetzes und nicht des Covid-19-Gesetzes sind, plädierte eine Minderheit auf Stimmfreigabe.

JA zum CO₂-Gesetz (Referendumsabstimmung)

- Da wir das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet und uns damit verpflichtet haben, mitzuhelfen zu erreichen, dass die globale Erwärmung unter 2°C zu halten und möglichst auf 1.5°C zu begrenzen ist (2050), ist die Zustimmung zu diesem CO₂-Gesetz unumgänglich. Diese Verpflichtung ist in diesem Gesetz nun festgehalten und wird verbindlich.
- Das Gesetz soll die bisherigen Massnahmen, mit denen wir leider unser Ziel 2020 nicht erreicht haben, erweitern, so dass wir das Zwischenziel (Halbierung unserer Treibhausmissionen) bis 2030 erreichen können.
- Die bisherigen Massnahmen im Bereich Gebäude und Fahrzeuge werden verschärft und neu mit den Bereichen Finanzflüsse und Flugverkehr ergänzt.
- Da die globale Erwärmung bis 2020 schon auf 1.2°C angestiegen ist, wird jede Tonne weniger CO₂ lebenswichtig.
- Alle vorgesehenen Massnahmen können mit diesem Gesetz rasch umgesetzt werden.
- Durch die teilweise Rückerstattung (Ökobonus) der zusätzlich eingezogenen Gelder an den Bürger, ist dieses Gesetz sozialverträglicher als das bisherige.
- Würde dieses Gesetz abgelehnt, gäbe es einen schmerzhaften Rückschritt gegenüber heute und die gesetzten Klimaziele wären terminlich kaum mehr rechtzeitig zu erreichen.

NEIN zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (Terrorgesetz) (Referendumsabstimmung)

- Das Gesetz erscheint uns wie ein Verstoß gegen die Grundrechte, da es ermöglicht, Menschen zu bestrafen, bevor sie eine Tat begangen haben.
- Gestützt auf eine vage Definition von Terrorismus kann der Staat präventiv gegen solche „Gefährder*innen“ Massnahmen verhängen, die kein Gericht prüfen muss.
- Diese Tatsache erinnert an autokratische Staaten, welche mit willkürlichen Massnahmen unliebsame Bewohner*innen drangsaliieren, was der Schweiz nicht würdig ist.
- Der Grundsatz, dass eine Bestrafung erst aufgrund einer Tat und nach einem fairen und transparenten Verfahren erfolgt, ist ein Pfeiler unseres liberalen Rechtsstaates und wird in diesem Gesetz missachtet.
- Auch mit diesem Gesetz erreichen wir kaum eine totale Sicherheit. Wir wollen deshalb nicht persönliche Freiheitsrechte opfern.
- Unseres Erachtens scheint das Verhängen von Massnahmen gegen Kinder ab 12 Jahren, bzw. ab 15 Jahren (Hausarrest) gegen die Kinderrechte zu verstossen.
- Bereits wird die Schweiz von Internationalen Organisationen, darunter der UNO kritisiert.

FORUM Meiringen, 23. Mai 2021